

Themenfeld 1

Europäische Identität und kulturelle Vielfalt



Europäische Identität: Was ist das?

Ausgangslage

Welche kulturellen Grundlagen verbinden die Europäer? Sind es die christlich-abendländische Kultur, gemeinsame Werte, der gemeinsame Markt, die über Jahrzehnte gewachsene gemeinsame Rechtsordnung? Ist Europa durch seine geographischen Grenzen bestimmt und wenn ja, wo liegen diese? Bei allen diesen Kriterien kommt man schnell an die Grenzen ihrer Erklärungskraft. Und der kleinste gemeinsame Nenner lautet wohl: „Europäische Identität wurzelt in der Vielfalt Europas, sie existiert in Verbindung mit nationalen und regionalen Identitäten und sie entsteht und entwickelt sich, wenn die europäischen Staaten sowie die Bürger Europas ihre Zukunft gemeinsam gestalten.“

Die Idee der Einigung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg war von Anfang an mehr als nur von wirtschaftlichen Überlegungen geprägt. Bereits im Vertrag über die Gründung der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS) im Jahr 1951 hieß es, die sechs Gründungsstaaten seien entschlossen, "durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren". Da es in der Geschichte keine Beispiele gibt, die als "Bauplan" für ein neues Europa verwendet werden konnten, war die Idee, die freiwillige Einigung in Europa über eine Rechtsgemeinschaft und auf dem Wege des Versuchs voranzutreiben, durch Experimente, die man jederzeit korrigieren, schlimmstenfalls sogar abbrechen konnte. Deshalb wurden in den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften in den fünfziger Jahren zwar das endgültige Ziel benannt: ein politisch vereintes Europa; man hat sich aber nicht auf eine bestimmte Form

dieses Ziels oder auf einen Zeitpunkt für dessen Erreichung festgelegt. Die Europäische Union war stets ein offenes Projekt. Aber was macht Europa eigentlich aus? Sprechen wir hier von einem Mythos, von einem Kontinent, der „europäischen Kultur, einem Zweckverband oder einer Wertegemeinschaft?

Grundlegend für eine europäische Identität ist ein Gefühl der Zugehörigkeit zu und des Stolzes auf „Europa“. Gegenwärtig steht für die Bürger Europas mehrheitlich ihre nationale, z.T. ihre regionale Identität im Vordergrund. Einen Verlust an nationaler Identität und Kultur im Zuge der Europäischen Integration befürchten immerhin 41 Prozent der Unionsbürger. Dennoch: 59 Prozent der EU-Bürger fühlen sich neben ihrer nationalen Zugehörigkeit auch, zu einem kleinen Teil sogar überwiegend als Europäer. Ähnlich wie nationalstaatliche und regionale Identitäten, kann eine europäische Identität auch in Abgrenzung gegenüber anderen erfahren werden (Problematik *Festung Europa?*).

Eine kleine semantische Europareise

Der Mythos Europa

Europa war eine schöne Prinzessin der Phönizier, so schön, dass selbst der Göttervater Zeus keine Mühe scheute, Europa für sich zu gewinnen.

„Vor vielen Jahren lebte ein Mädchen mit dem Namen Europa in einem fernen Land.

Ihre Eltern waren die Regenten dieses Landes: Der König Agenor und die Königin Telephassa. Da Europa wunderschön war, hatte der Oberste der griechischen Götter, Zeus, es auf sie abgesehen. Der wiederum, ein richtiger Casanova des Olymp, traute sich nicht, sich ihr in seinem richtigen Aussehen zu nähern. Denn Zeus war verheiratet, und seine Frau Hera konnte rasend werden wegen seiner vielen Frauengeschichten. Eifersüchtig verfolgte sie ständig ihren Göttergatten, deshalb musste der sich immer wieder eine neue Verwandlung einfallen lassen.“

Europa soll seinen Namen also von dieser verführten Agenor-Tochter haben. Was der Name selbst aber bedeutet, ist nach wie vor unklar. Der Einfachheit halber und weil es so logisch ist, schließen wir uns der Deutung an, wonach der Ursprung beim semitischen Wort "ereb", dunkel, liegt. Das leuchtet ein, denn von den Phöniziern aus gesehen liegt Europa im Westen, wo es noch dunkel ist, wenn im Osten schon die Sonne aufgeht.

Da die Phönizier anfänglich lediglich eine Art Küstenschiffahrt betrieben, darf es nicht erstaunen, dass für sie dieses Europa sehr weit weg war. Erst die Erfindung der Schiffsbauweise mit einem Kiel ermöglichte ihnen die Ausdehnung ihrer Handelsbeziehungen – übrigens ähnlich wie der technologische Fortschritt insbesondere im Transportwesen und den Informations- und Kommunikationstechnologien die Globalisierung unserer Tage ermöglicht hat. Und dann dauerte es nicht mehr lange, bis sie sich in Malta, Sizilien, Korsika, Spanien und Frankreich festsetzten. Geblieben ist in Malta das Erbgut

in der Bevölkerung, die Verwandtschaft der Sprache (ein Libanese versteht die Malteser problemlos) und die Bauart der Schiffe: die maltesischen Luzzu's ähneln den phönizischen Schiffen verblüffend.

Europa als Kontinent

Der ursprüngliche Begriff von Europa im geographischen Sinne bezeichnete die Ausdehnung eines nach Norden hin noch unbekanntem Territoriums jenseits des „mare nostrum“, des Mittelmeers. Die Griechen gaben dem von der Meerenge von Gibraltar bis zum Schwarzen Meer bekannten Kontinent den Namen der von Zeus in Stiergestalt den Phöniziern geraubten Prinzessin mit dem Namen Europa. Und Herodot stellte sich noch im 6. Jahrhundert v. Chr. die Frage, warum ihr Name eigentlich diesem Territorium verliehen wurde: *„Am merkwürdigsten ist, dass Europa asiatischer Geburt war und niemals auf dieses Land gekommen ist, das die Griechen jetzt Europa nennen.“*

Seit dem Mittelalter tauchte die *Idee Europa* als geographischer Bezugspunkt immer wieder auf, meist in Abgrenzung zu einer gemeinsamen äußeren Bedrohung (Asien, die Türken, etc.), im Zusammenhang mit dem Willen, innereuropäische Konflikte zu lösen (z.B. der Westfälische Frieden von 1649 oder der Wiener Kongress von 1815) oder dem Anspruch, Europa unter der Führung einer Macht (gewaltsam) zu einigen (z.B. Frankreich zur Zeit Napoleons, das nationalsozialistische Deutschland).

Heute – nach der Überwindung der jahrzehntelangen Teilung des Kontinents –

stellt sich erneut die Frage, wie groß Europa ist bzw. sein soll. Man muss dabei nicht erst die wodkaunigen Ausrufe des ehemaligen Präsidenten Boris Jelzin bemühen, er könne sich vorstellen, dass sein Land eines Tages der Europäischen Union beitrete, um deutlich zu machen, dass ein Spannungsverhältnis entstehen kann – zwischen der künftigen Handlungsfähigkeit Europas einerseits und einer immer weitergehenden geographischen Ausweitung der Gemeinschaft andererseits.

Europa als Friedensprojekt

Der Gedanke, die europäischen Nationalstaaten unter einem gemeinsamen Dach und gemeinsamen Institutionen zu einen, die den immer wieder kehrenden Kriegen in Europa ein Ende bereiten, entwickelte sich bereits im 19. Jahrhundert. So verkündete Victor Hugo schon im August 1848 auf dem in Paris organisierten *Friedenskongress* seine Vision eines geeinten Europas – und wurde dafür ausgelacht:

„Ein Tag wird kommen, wo Du Frankreich, Du Russland, Du Italien, Du England, Du Deutschland, all ihr Nationen des Kontinents, ohne Eure jeweiligen Unterschiede und Eure ruhmreiche Individualität zu verlieren, Euch einer höheren Einheit einordnen und die europäische Brüderschaft begründen werdet (...) Ein Tag wird kommen, wo das universelle Wahlrecht der Völker Kugeln und Bomben durch Wahlzettel in der gewissenhaften Vermittlung eines großen souveränen Senats ersetzen wird, der für

Europa das sein wird, was für England das Parlament, für Deutschland der Reichstag, die gesetzgebende Versammlung für Frankreich ist.“

Es sollte noch rund hundert Jahre dauern, bis dieses Projekt in die Realität umgesetzt werden konnte.

Europa als Wertegemeinschaft

Grundlegend für das europäische Wertgefüge ist sicherlich die *parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit* sowie die Achtung der *Menschenrechte*. Zu den geteilten Werten gehört auch die Achtung von Minderheiten und die Förderung der Toleranz. Dennoch ist das Konzept der Europäischen Identität immer noch ein offener Begriff. So hat auch der Europäische Rat von Laeken im Dezember 2001 erneut betont: „Die einzige Grenze, die die Europäische Union zieht, ist die der Demokratie und der Menschenrechte. Die Union steht nur Ländern offen, die ihre Grundwerte, wie freie Wahlen, Achtung der Minderheiten und der Rechtsstaatlichkeit, teilen.“ Der mit dem Vertrag von Amsterdam eingeführte neue Artikel 13 EG-Vertrag sieht vor, dass der Rat einstimmig Maßnahmen beschließen kann, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.

Gerade mit dem *Euro* ist ein neuer – materieller – "Wert" zu den bisherigen Grundwerten der Europäer hinzugekommen: Die Zahlungseinheit, welche an die Stelle der nationalen Währungen getreten ist, ist sichtbarer Ausdruck des erreichten Integrationsstandes und setzt bereits eine Reihe ideeller Vorstellungen der Gemeinschaft voraus:

1. Offene und soziale Marktwirtschaft: Alle EU-Mitgliedstaaten verfügen über offene Marktwirtschaften mit freiem Wettbewerb – was letztlich auch eine Voraussetzung für den EU-Binnenmarkt darstellt. Daneben besteht in allen EU-Ländern auch eine mehr oder weniger ausgeprägte soziale Abfederung des freien Wettbewerbs in Form von Systemen der sozialen Sicherung und Umverteilung. Auch die EU-Institutionen sind in allen ihren Politiken dazu verpflichtet zum einen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im Blick zu haben, zum anderen aber auch Ziele wie ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und den Schutz der Umwelt zu berücksichtigen.

2. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt: Ein einheitliches Währungsgebiet setzt ein Mindestmaß an wirtschaftlichem und sozialen Zusammenhalt voraus. Die Europäische Union ist ein Wirtschaftsraum ohne innere Grenzen, die dem Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Ideen und Menschen entgegenstehen. Auch wenn die Wirtschaftspolitik formal in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleibt, stimmen sich diese über jährliche Leitlinien eng miteinander ab.

Auch der Spielraum für die jährliche Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte in den Mitgliedstaaten bestehen durch den sogenannten „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ verbindliche Vorgaben. Denn – so die Befürchtung, wenn einzelne Staaten zu viele Schulden machen, kann dadurch die gemeinsame Geldpolitik der EU beeinträchtigt werden. Flankierend zu dem Binnenmarktprojekt und der Wirtschafts- und Währungsunion wurden seit Mitte der 70er Jahre verstärkt Instrumente entwickelt, die einkommensschwächere Regionen (etwa in Griechenland oder Portugal, aber auch die neuen Bundesländer in Deutschland), Wirtschaftsbereiche, die sich in einem grundlegenden Strukturwandel befinden (z.B. ehemalige Stahlregionen) sowie bestimmte Bevölkerungsgruppen (z.B. Jugendliche ohne Bildungsabschluss) unterstützen. Für diese strukturpolitischen Ziele wendet die EU für den Zeitraum 2000 bis 2006 insgesamt rund 195 Milliarden Euro auf. Ziel ist es, die wirtschaftlichen Unterschiede und soziale Ungleichheiten in der EU zumindest ein Stück weit zu vermindern.

3. Demokratisch verfasste Rechtsstaatlichkeit: So ist z.B. die Europäische Zentralbank, wie auch das Europäische Parlament oder die EU-Kommission eine unabhängige Institution, die nur den in den Verträgen festgelegten Aufgaben – hier insbesondere die Sicherung der Preisstabilität des Euro – verpflichtet ist. Eine solche Unabhängigkeit setzt jedoch bereits voraus, dass sich das Ganze innerhalb rechtsstaatlicher Strukturen und nicht etwa unter den Bedingungen einer

Willkürherrschaft einer Regierung vollzieht. Fühlte sich die Europäische Zentralbank durch eine EU-Institution in ihrer Unabhängigkeit bedroht, so könnte sie z.B. ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof anstrengen.

Die Sicht der heutigen Europäer

Das Verhältnis vieler Menschen zur Europäischen Union ist von Distanz geprägt. Zu kompliziert, zu weit weg, zu bürokratisch – so das Urteil. Die Bestandsaufnahme der EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 fasst es wie folgt zusammen. „Die Bürger stehen zweifellos hinter den großen Zielen der Union, sie sehen jedoch nicht immer einen Zusammenhang zwischen diesen Zielen und dem täglichen Wirken der Union. Sie verlangen von den europäischen Organen weniger Schwerfälligkeit und Starrheit und fordern vor allem mehr Effizienz und Transparenz. Viele finden auch, dass die Union stärker auf ihre konkreten Sorgen eingehen müsste und sich nicht bis in alle Einzelheiten in Dinge einmischen sollte, die eigentlich besser den gewählten Vertretern der Mitgliedstaaten und der Regionen überlassen werden sollten. Manche erleben dies sogar als Bedrohung ihrer Identität. Was aber vielleicht noch wichtiger ist: Die Bürger finden, dass alles viel zu sehr über ihren Kopf hinweg geregelt wird, und wünschen eine bessere demokratische Kontrolle.“ Eine zentrale Frage für die Zukunftsfähigkeit der EU ist

darum, ob es gelingt, das „Projekt Europa“ den Menschen (wieder) näher zu bringen.

Ein kurzer Blick auf die Werte und Lebensentwürfe der Entscheidungsträger von morgen

Es sind die Jugendlichen von heute – also Ihr – die die Zukunft in Europa maßgeblich prägen werden. Ihre Haltungen und Werte werden eines Tages in den Regierungen und Chefetagen der Unternehmen ankommen. Die nachfolgenden Zahlen beruhen auf einer Erhebung Europäischen Kommission. Befragt wurden über 2000 15-25 Jährige aus allen EU-Mitgliedstaaten. Erkennt Ihr euch in diesen Zahlen wieder? Wie werden sich diese Lebensentwürfe und Einstellungen in der Zukunft Europas widerspiegeln?

Das gesellschaftliche Leben

- Wenn Jugendliche Organisationen und Vereinigungen beitreten, dann gehören sie am häufigsten Sportvereinen an.
- Die Jugendlichen finden, dass öffentliche Behörden und politische Parteien weniger als das Fernsehen dazu beitragen, sie auf die Teilnahme am öffentlichen Leben vorzubereiten.
- Die Schule wird nach wie vor als die wichtigste Institution gesehen, welche die Jugendlichen auf das öffentliche Leben vorbereitet.

Werte

- Der Shell Jugendstudie 2002 zufolge sehen die heutigen Jugendlichen in Deutschland wieder optimistisch auf ihre persönliche Zukunft. Obgleich die Zukunft der Gesellschaft als Ganzes weniger rosig gesehen wird – die Mehrheit erwartet zunehmende Probleme am Arbeitsmarkt, in der wirtschaftlichen Entwicklung und in bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie zunehmende Umweltprobleme – herrscht bei den Jugendlichen in Deutschland dennoch eine positive Grundstimmung vor. Neben "tollem Aussehen", "Markenkleidung tragen" und neuer "Technik" (Internet, Handy etc.), werden Orientierungen wie "Karriere machen", andererseits aber auch persönliche "Treue" als absolut "in" bezeichnet. Sich "in die Politik einzumischen" ist hingegen "out", was allerdings nicht heißt, dass die Jugendlichen nicht gesellschaftlich aktiv sind. Diese Einstellung der Jugend geht auf einen grundlegenden Wertewandel hin zu einer neuen pragmatischen Haltung zurück. Die Jugendlichen orientieren sich an konkreten und praktischen Problemen, die für sie mit persönlichen Chancen verbunden sind. Dafür zeigen sie heute wieder in erhöhtem Maße persönliche Leistungsbereitschaft ("Aufsteigen statt aussteigen").

- Demokratie wird von der großen Mehrheit der Jugendlichen als die beste Staatsform empfunden. In die Parteien und Politiker ihres Landes haben sie hingegen nur ein begrenztes Vertrauen – Tendenz: weiter abnehmend.
- Knapp ein Viertel (22%) gehören in Deutschland zu den „mitwirkungsbezogenen“ Jugendlichen. Sie bringen sich mit einem mehr oder weniger kontinuierlichen Engagement in politische Organisationen oder Parteien ein. Zumindest die Möglichkeit zu Mitbestimmung und Engagement ist ihnen wichtig. Das Gegenstück hierzu bilden mit einem weiteren knappen Viertel (24%) die „politik-kritischen“ Jugendlichen. Sie weisen die größte Distanz zur Politik auf und charakterisieren sich selber am stärksten als „politikverdrossen“. Parteipolitik wird von ihnen abgelehnt. Mit 31% bilden die „politisch desinteressierten“ Jugendlichen die größte Gruppe. Weitere 23% der Jugendlichen können schließlich als im weitesten Sinne „ordnungsorientiert“ bezeichnet werden. Ihnen kommt es darauf an, dass politische Angelegenheiten straff und ohne große Debatten geregelt werden.
- Sex vor der Ehe wird als normal angesehen. Die Toleranz europäischer Jugendlicher gegenüber homosexuellen Beziehungen ist größer als die gegenüber Familien mit vielen Kindern.
- Probleme haben viele Jugendliche, insbesondere aus Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Finnland, dagegen mit der Eheschließung zwischen Homosexuellen oder mit der Möglichkeit für Homosexuelle, Kinder zu adoptieren.
- Das Klonen von Lebewesen wird von den jungen Europäer vehement und die Verwendung gentechnisch veränderter Lebensmittel überwiegend abgelehnt.
- Über 25 Prozent der jungen Europäer ist der Auffassung, dass es in ihrem Land zu viele Ausländer gibt. In den nordischen Ländern sowie in Luxemburg, Spanien und den Niederlanden sind die Jugendlichen am ausländerfreundlichsten.

Europa

- Die Jugendlichen verbinden mit der Europäischen Union an erster Stelle die Vorstellung persönlicher Freizügigkeit, also die Möglichkeit, in jedem Mitgliedstaat arbeiten, studieren und wohnen zu können.
- Mit 47% spricht sich eine relative Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland dafür aus, dass sich die europäische Union perspektivisch zu einem eigenen Staat entwickeln sollte. 26% sind dagegen und 27% haben hierzu (noch) keine Meinung. Ähnliches gilt für die vorgesehene EU-Osterweiterung, also die Aufnahme

von Ländern wie Tschechien, Ungarn oder Polen in die EU. Mit 48% ist die Befürwortung bei Jugendlichen aus den neuen Ländern sogar höher als mit 42% in den alten Bundesländern. Europa ist für die Jugend eine Realität und wird ganz offensichtlich als persönliche Chance betrachtet.

- Vor allem die jungen Europäer in Griechenland, Italien und Portugal besitzen die Auffassung, die Europäische Union verspreche den Jugendlichen eine bessere Zukunft.
- Nach der Vorstellung der jungen Leute wird die bedeutendste Errungenschaft der Europäischen Union in zehn Jahren der Euro sein.

Sprachen und Mobilität

- Mehr als vier von zehn Jugendlichen sind bislang noch nicht im Ausland gewesen.
- Weniger als 10 % der Jugendlichen verbringen eine längere Zeit im Ausland, um dort zu studieren oder zu arbeiten.
- 46 % der jungen Europäer beherrschen mindestens eine Fremdsprache, aber immer noch können 3 von 10 Jugendlichen keine Fremdsprache sprechen.
- Seit 1987 stieg der Anteil der jungen Leute, die Englisch sprechen können, von 34 % auf 54 %.

Die Informationsgesellschaft

- Das Handy ist das beliebteste Kommunikationsmittel. 80 % der jungen Europäer haben eines.
- Computer, Internet und E-Mail prägen zunehmend den Alltag der Jugendlichen.

Zahlen: Eurostat 2002, Shell Jugendstudie 2002

Leitfragen für die künftige Entwicklung

⇒ Es sind die Jugendlichen von heute, welche die künftige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas maßgeblich prägen werden. Doch was sind ihre Vorstellungen und Erwartungen an diese Zukunft? Was macht die europäische Identität aus, welche Werte haben wir Europäer gemeinsam?

⇒ Welche Ereignisse/Voraussetzungen könnten die Herausbildung einer europäischen Identität stärken, welche eine Vertrauenskrise gegenüber dem ‚Projekt Europa‘ hervorrufen?

Provocation: Hundert Blumen

„Es entstanden Hunderte von Bürgerinitiativen, mit denen die unterschiedlichsten Ziele verfolgt wurden. Den einen ging es darum, den Bau einer neuen Autobahn oder die Schließung kommunaler Einrichtungen zu verhindern, den anderen um Boykottmaßnahmen, Sabotageakte oder juristische Schritte gegen große Konzerne, denen

irreführende Werbung, unethisches Verhalten, die Überbeanspruchung internationaler Verkehrswege oder der Einsatz genetisch veränderter Nahrungsbestandteile vorgeworfen wurde. Die Banken sahen sich mit zahllosen Boykotten konfrontiert, weil sie an der Börse spekulierten oder sich nicht um die Belange ihrer kleineren Kunden kümmerten. Als direkte Aktionen, Steuerhinterziehung, Krankfeiern, Schwarzarbeit und die Missachtung von Verwaltungsvorschriften immer mehr um sich griffen, kam das System zum Stillstand.

(...)

Am bedeutsamsten war aber die Herausbildung neuer gemeinsamer Wertvorstellungen in Form einer etwas nostalgisch verklärten Mischung aus Eigeninitiative, guter Nachbarschaft, Solidarität und wiedererwachter Naturverbundenheit. Die Enkel der Konsumgesellschaft stellten verblüfft fest, dass Fische nicht als tiefgefrorene panierte Stäbchen auf die Welt kommen.“

Aus dem Szenario „Hundert Blumen“,

in: Szenarien 2010 – Fünf Bilder von der Zukunft Europas, 1999

Provocation: „Virtual Pleasures“

Im folgenden ein kurzes und noch unreflektiertes Szenario (quasi einen „Rohling“), das im Rahmen „Konferenz junger Menschen – Frieden in Europa“ vom 22.-25. August 2002 in Osnabrück entstanden ist, an der sich über 50

Jugendliche aus 17 Ländern beteiligt haben. Das Szenario wurde von einer der insgesamt vier Arbeitsgruppen an einem Nachmittag entwickelt.

Europa im Jahr 2020: ein Europa, in dem der materielle Wohlstand über die letzten Jahre beständig zugenommen hat. Es ist gelungen, trotz Wirtschaftswachstum nachhaltige Formen der Produktion und des Konsums zu verwirklichen und es hat sich gezeigt, dass die Umwelt die Auswirkungen des westlichen Wirtschaftsmodells besser verkraften kann, als dies viele Umweltorganisationen zu Beginn des Jahrhunderts noch glaubten. Dieses Europa ist zugleich von einem anhaltenden Trend der Individualisierung von Werten und Lebensentwürfen geprägt – Wettbewerb statt Solidarität, Selbstverwirklichung statt Gemeinnutzen. Die Europäische Union hat es nicht über einen administrativen Zweckverband hinaus geschafft; die Politische Union blieb auf der Strecke. Aber auch in den EU-Mitgliedstaaten haben traditionelle Identitäten und Gemeinschaften an Bedeutung verloren – in dieser Welt sind alle auf der Suche nach dem Neuen. Die Helden sind erfolgreiche Einzelkämpfer. In diesem Europa lebt Jean-Paul.

Jean-Paul ist ein erfolgreicher Unternehmer in Osnabrück. Eines Tages trifft er in einem Café seinen alten Schulfreund Silvio, den er schon über zehn Jahre nicht mehr gesehen hatte. Silvio war ein guter Schüler und kommt aus einer Familie, die ihm alles ermöglicht hätte. Doch er hat sich gegen eine Karriere entschieden und

geht einfachen Arbeiten nach – nicht sonderlich gut bezahlt aber auch nichts, wovon man Magengeschwüre bekommt. Silvio hat für sich erkannt, dass es in dieser Welt, in der eigentlich schon jeder genug hat, gar nicht mehr so sehr darauf ankommt, immer mehr zu wollen. Für ihn ist es wichtiger, Zeit zu haben – Zeit für sich, die Frau die er liebt und um einfach in der Sonne zu sitzen und über das Leben nachzudenken. Jean-Paul ärgert der mangelnde Ehrgeiz seines Freundes. Noch mehr ärgert es ihn, dass Silvio so glücklich scheint. Glücklicher als er, wo er doch so hart geschuftet hat, um zu einem gewissen Reichtum zu kommen und eine einflussreiche Position zu erlangen. Jean-Paul beginnt nachzudenken.

Maria, die Tochter von Jean-Paul, ist mit ihrem Vater im Café verabredet. Sie trifft ihn in einer nachdenklichen Stimmung, er erzählt irgendetwas von einem alten Schulkameraden, der alle Möglichkeiten hatte und sie doch nicht genutzt hat. Maria ist 23 Jahre alt und studiert in Osnabrück Ressourcenmanagement. Maria ist eine eifrige Studentin. Sie verbringt den ganzen Tag vor dem Computer, besucht z.B. im Internet Vorlesungen eines berühmten Professors in Boston. Auch ihre Freunde hat sie über das Internet gefunden und verbringt ihre Freizeit mit ihnen in virtuellen Chatrooms. Einen Freund hat Maria nicht.

Eines Tages trifft sie einen netten jungen Mann. Bob ist Aussteiger, er hat die egoistische, auf Erfolg getrimmte Gesellschaft satt. Er verdient sich seinen Lebensunterhalt durch Gelegenheitsjobs und „mal nach'm Euro fragen“, geht jeder

noch so geringen Verpflichtung aus dem Weg. Eine feste Arbeitsstelle wäre nichts für ihn. Bob lebt – wenn er nicht gerade wieder ‚on the road‘ ist – in einer sogenannten Freigemeinde. Diese Freigemeinden gibt es in ganz Europa und dort leben all diejenigen, denen die wenigen gesellschaftlichen Regeln, die es zu dieser Zeit noch in den EU-Mitgliedstaaten gibt, bereits zu viel sind. Die EU gewährleistet die Autonomie dieser Freigemeinden (nach dem Vorbild des Stadtteils Christiania in Kopenhagen von der EU-Kommission 2008 entworfen) und es gibt sogar Förderprogramme für sie. Als Bob einmal wieder an einem Bahnhof steht und die vorbeieilenden Passanten um Geld bittet, lernt er Maria kennen. Sie gibt ihm einen Euro, sie kommen ins Gespräch. Das Gleiche am nächsten Tag und Maria beginnt sich für diesen Sonderling zu interessieren. Als sie ein paar Tage später wieder am Bahnhof vorbeikommt und Bob sie bereits zum dritten Mal nach einem Euro fragt, lädt sie ihn kurzerhand zu einem Kaffee ein. Die beiden verlieben sich, verbringen ein paar sehr schöne Tage und noch schönere Nächte zusammen. Maria ist fasziniert von Bob und sehnt sich nach einer festen Beziehung mit ihm. Als sie Bob darauf anspricht, verlässt er sie mit den Worten: „Du hast nichts verstanden“.

Im Chat lernt Maria auch Pamela kennen. Pamela erzählt, dass sie ebenfalls 23 ist. Sie studiert in Bielefeld, ist wie Maria Single, weil sie keine Zeit hat, auszugehen. Auch sie betreibt mit großem Ehrgeiz ihr Studium. Und sie spricht von ihrem makellosen Körper.

Maria erzählt Pamela im Chat von ihrer kurzen Beziehung zu Bob und wie diese endete. Auch Pamela hat eine unglückliche Liebesgeschichte hinter sich. Davon erzählt sie ihrer Freundin Maria eines abends im Chat. Sie habe über das Internet Dimitri kennen gelernt und sich in ihn verliebt. Dimitri musste nach einem Regierungsputsch, der mit Unterstützung der EU erfolgte, aus Kasachstan fliehen. (Von einer neuen Regierung versprochen sich die EU-Mitgliedstaaten bessere Geschäftsbeziehungen mit dem erdölexportierenden Land). In der EU fühlt sich Dimitri sicher. Und er möchte Pamela nach einigen Wochen des Chats endlich auch persönlich kennen lernen, will sie berühren.

Pamela weigert sich zunächst und möchte Dimitri nicht treffen. Schließlich hat sie dann doch eingewilligt: die beiden verabreden sich in einem Café in Osnabrück. Als Dimitri Pamela sieht, ist er geschockt: Pamela ist weder jung noch schön, noch heißt sie Pamela. Pamela heißt im normalen Leben Gertrude, sie ist 65 Jahre alt und eine einsame Rentnerin – sie hat seitdem nichts mehr von Dimitri gehört.

Maria ist überrascht, die Freundschaft mit ‚Pamela‘ hält aber noch fast ein Jahr und Maria ist immer wieder erstaunt, über die vielen guten Anregungen, die ihr Pamela zu Fragen geben konnte, die sie wirklich beschäftigen.

Mobilität und Freizügigkeit

Fragt man die Bürger Europas, was die Europäische Union für sie an erster Stelle bedeutet, so antworten laut einer Befragung der EU-Kommission vom Frühjahr 2002 nahezu die Hälfte: „die Freiheit, überall in der Europäischen Union reisen, studieren und arbeiten zu können“. Gleichzeitig liegt die Wahrscheinlichkeit, dass bei einer Eheschließung in Europa die beiden weniger als 30 Kilometer voneinander entfernt geboren wurden, bei 90 Prozent.

Die Herausforderung von Mobilität und Wanderbewegungen

- Das Recht auf Freizügigkeit ist ein Grundrecht unter dem EG-Vertrag. Die europäischen Bürger haben Zugang zur Beschäftigung in jedem Mitgliedsland verbunden mit Aufenthaltsrecht für sie selbst und ihre Familienmitglieder, und sie dürfen nicht wegen ihrer Nationalität diskriminiert werden. Die Freizügigkeit kann Umzug in ein anderes Mitgliedsland oder tägliches oder wöchentliches grenzüberschreitendes Pendeln bedeuten.
- Trotz der bedeutenden Fortschritte bei der Beseitigung von Hindernissen für die Freizügigkeit der Menschen in der EU über die letzten Jahrzehnte hinweg ist die Mobilität heute im Vergleich zu denjenigen in den 50er und 60er Jahren sehr gering. Die heutige geographische Mobilität zwischen den Mitgliedsländern wird auf jährlich 0,1 bis 0,2 % der Gesamtbevölkerung geschätzt. Darüber hinaus hängt sie nur zum Teil mit der Beschäftigung zusammen.
- Nach einer Eurobarometer-Umfrage der EU-Kommission wechseln die EU-Bürger nicht sehr oft den Wohnort. Durchschnittlich 38% von ihnen sind in den letzten zehn Jahren umgezogen. Aber dieser europäische Durchschnittswert verbirgt erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, mit einem deutlichen Nord-Süd- (und Irland) Gefälle. Der Umzug in ein anderes Haus in derselben Stadt oder im selben Dorf ist die häufigste Mobilitätsart, wobei Umzüge mit steigender Entfernung an Häufigkeit abnehmen. Von allen Menschen, die in den letzten zehn Jahren mindestens einmal die Wohnung gewechselt haben, zogen 68% innerhalb der selben Stadt, Kleinstadt oder im selben Dorf um, aber in diesem zehnjährigen Zeitraum zogen weniger als 5% in ein anderes Land der Europäischen Union und etwa der gleiche Prozentsatz in ein anderes Land außerhalb der EU. Die Hauptgründe für den Umzug in ein anderes Haus sind familiärer/persönlicher Natur (54 %), gefolgt von der Wohnungssituation (18 %)

und mit der Arbeit zusammenhängenden Gründen (15 %). Untersuchungen in den USA sind bei der Betrachtung der Gründe für Umzüge zu ähnlichen Ergebnissen gekommen, auch wenn die Mobilität in den USA wesentlich höher ist als in der EU.

als ein weiterer Faktor zur Reduzierung der geographischen Mobilität angesehen, da Umziehen häufig bedeutet, dass zwei Personen mit verschiedenen beruflichen Karrieren jeweils eine neue Beschäftigung finden müssen.

Zahlen: Eurostat 2002

Einige Gründe erklären den Rückgang der innereuropäischen Mobilität über die letzten dreißig Jahre.

- Die südlichen Regionen, die in den frühen Nachkriegsjahren von ernststen wirtschaftlichen und sozialen Problemen betroffen waren, haben seitdem bei der Reduzierung der Kluft zu ihren wohlhabenderen europäischen Partnern spektakuläre Fortschritte erzielt. Heute bieten sie ihren Bürgern einen ziemlich hohen Lebensstandard und ein hohes Niveau an sozialer Fürsorge an.
- Sprachbarrieren können eine abschreckende Wirkung in Bezug auf die grenzüberschreitende Mobilität haben. 47% der Europäer geben an nur ihre Muttersprache zu beherrschen. Die Bereitschaft, Sprachbarrieren zu überwinden, ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen, und sie steigt mit dem Bildungsstand und dem Einkommen kontinuierlich an, während sie mit zunehmenden Alter abnimmt.
- Die zunehmende Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt wird oft

Ein paar Zahlen zur Mobilität der EU-Bürger

- Fast 60% der Europäer benötigen weniger als 20 Minuten, um zu ihrem Arbeitsplatz (oder Studienort) zu gelangen. Im Durchschnitt brauchen die Menschen länger, um zum nächstgelegenen Krankenhaus oder Kino zu kommen, als zu ihrem Arbeitsplatz, aber dies ist in den einzelnen Mitgliedstaaten etwas unterschiedlich.
- Seit 1970 ist der Bedarf an öffentlichen Nahverkehrsmitteln in EU-15 stetig gestiegen. Zwischen 1979 und 1998 hat sich die Nutzung des Autos um 188% erhöht (von 4661 auf 10176 Kilometer pro Kopf), die Busnutzung um 35% (von 823 auf 1109 km) und die Nutzung der Eisenbahn um 21% (von 637 auf 773 km pro Kopf). Im gleichen Zeitraum hat sich das Luftverkehrsaufkommen um 171% erhöht – von 460 auf 1247 zurückgelegte Kilometer pro Kopf.

Zahlen: Eurostat 2002

Erweiterung und Mobilität

Als in den achtziger Jahren Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (1986) der EU beitraten, waren die Befürchtungen einer Flut von billigen Arbeitskräften, die auf die Arbeitsmärkte in der Alt-Mitgliedstaaten drängen, groß. Bereits damals wurden – insbesondere auf Drängen Frankreichs – siebenjährige Übergangsfristen eingeführt. Der große Ansturm blieb jedoch aus – die vorab vereinbarten Übergangsfristen zur Verwirklichung der Freizügigkeit konnten bereits ein Jahr früher als vorgesehen abgeschafft werden. Ähnliche Befürchtungen wie bei der Süderweiterung bestehen heute mit Blick auf die Osterweiterung. Insbesondere in Deutschland und Österreich bestehen Ängste vor einem wachsenden Konkurrenzdruck am Arbeitsmarkt. Ebenso wie in den 80er Jahren für die Südländer ist für die Beitrittsländer eine Frist von bis zu sieben Jahren vereinbart worden. Erst danach, also etwa ab 2011 gilt auch für die Menschen in den neuen EU-Ländern die volle Freizügigkeit.

Leitfragen für die künftige Entwicklung

Die EU-Bürger sind nicht sonderlich mobil. Weniger als zwei Prozent leben in einem anderen Mitgliedsstaat als ihrem Herkunftsland. Welche Hindernisse bestehen, in ein anderes EU-Land zu gehen und wie könnten sie behoben werden? Ist Mobilität eigentlich wirklich ein Erfordernis unserer Zeit, oder sollte es nicht auch ein „Recht auf Nichtmobilität“ geben?

Zuwanderung und Integration

Ausgangslage

Zumindest in einer Hinsicht ist klar: die Mitgliedstaaten der EU brauchen Zuwanderung. So haben die Vereinten Nationen z.B. vorgerechnet, dass allein Deutschland eine Zuwanderung von jährlich 500 000 Menschen benötigt, um das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Nicht-Erwerbstätigen gleich bleibt. Ähnlich stellt sich die Situation in den anderen EU-Mitgliedstaaten dar.

Während des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts galt Europa noch ausschließlich als Auswanderungsregion. So verließen bis 1930 mehr als 50 Millionen Menschen den europäischen Kontinent, vorwiegend in die Vereinigten Staaten. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg und der anschließenden Phase des Wiederaufbaus entwickelten sich einige der europäischen Staaten – allen voran Frankreich, Großbritannien und Deutschland – zum Zielgebiet von Zuwanderern. De facto sind inzwischen alle EU-Mitgliedstaaten zu Einwanderungsstaaten geworden, auch wenn dies nicht zum Teil immer in deren Selbstverständnis widerspricht und dementsprechend Rechtsgrundlagen – etwa durch ein Zuwanderungsgesetz – fehlen. Im Durchschnitt wandern derzeit offiziell etwa 700 000 Personen pro Jahr in die Europäische Union ein. Hinzu kommen nach Schätzungen der International

Organisation for Migration (IOM) im Jahr zwischen 300.000 und 500.000 Menschen, die illegal in die Europäische Union einwandern.

Die europäische Dimension des Themas

Gerade in Fragen der Zuwanderung zeigt sich, dass nationalstaatliche Lösungen nur noch begrenzt wirksam sind. Zugleich sind das Aufenthaltsrecht und Fragen der Staatsangehörigkeit „Knochenmark“ der Souveränität der Mitgliedstaaten und Vorbehalte gegen eine Abgabe von Kompetenzen hier entsprechend hoch. Die europäische Dimension des Themas Zuwanderung ergibt sich zusammengefasst aus

- den Bedingungen der Globalisierung
- den Konsequenzen der Binnenfreizügigkeit innerhalb der EU
- und einer angestrebten Lastenteilung bei Zuwanderung aus humanitären Gründen (Aufnahme von Flüchtlingen)

Mit dem Vertrag von Amsterdam von 1997 gilt Zuwanderungspolitik nicht mehr nur als bloße "Angelegenheit von gemeinsamem Interesse", sondern als grundlegendes Zukunftsprojekt der voranschreitenden europäischen Integration. Die Politikbereiche Asylrecht, Einwanderung und Flüchtlingspolitik erfordern zunehmend gemeinschaftliche Regelungen, wie z.B. den Abbau der internen Grenzkontrollen, gemeinsame Standards für Kontrollen an den Außengrenzen und Regeln für den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen.

Formen der Migration

Für eine Auseinandersetzung mit der Frage der Zuwanderung ist es zunächst erforderlich, unterschiedliche Formen von Zuwanderung zu unterscheiden.

Familienzusammenführung

Schon heute spielt der Nachzug der Familienangehörigen von bereits legal in Europa ansässigen Drittstaatsangehörigen quantitativ die wichtigste Rolle. Beispielsweise beträgt ihr Anteil an der Gesamtzuwanderung in Schweden 80 Prozent, in Frankreich 75 Prozent und in Dänemark und Großbritannien jeweils etwa die Hälfte.

Immigration von EU-Bürgern

In den EU-Ländern kommen im Durchschnitt nicht einmal zwei Prozent aller Arbeitskräfte aus einem anderen Mitgliedsland, wobei dieser Prozentsatz je nach EU-Land variiert. Er blieb während der letzten 15 Jahre fast gleich. Den größeren Teil der ausländischen Arbeitskräfte stellen immer noch die Angehörigen aus Drittstaaten. Die Immigration von *Unionsbürgern*, die innerhalb der Europäischen Union ohnehin Freizügigkeit genießen, findet in der öffentlichen Debatte indessen kaum Beachtung, und sie spielt auch quantitativ mit wenigen Ausnahmen nur eine geringe Rolle.

Spätaussiedler und Angehörige ehemaliger Kolonialstaaten

Angehörige der gleichen Nationalität oder aus ehemaligen Kolonien konnten in der Vergangenheit vergleichsweise einfach in die jeweiligen EU-Mitgliedstaaten einwandern. Die meisten Mitgliedstaaten haben hier ihre Gesetzgebung in den letzten Jahren jedoch verschärft. So wird beispielsweise in der Bundesrepublik die Einwanderung so genannter "Spätaussiedler" seit 1990 faktisch quotiert. Künftig müssen Spätaussiedler, die nach Deutschland kommen zudem ein Mindestmaß an deutschen Sprachkenntnissen vorweisen. In ähnlicher Weise bemühen sich inzwischen auch die ehemaligen Kolonialstaaten - vor allem Frankreich und Großbritannien -, *Wanderungsbewegungen aus ehemaligen Kolonialgebieten* Einhalt zu gebieten.

Arbeitsmigration

Europa ist aus demographischen und wirtschaftlichen Gründen auf die vermehrte Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen und es gelten in vielen Staaten bereits heute Ausnahmegenehmigungen, die den allgemeinen Zuzugsstopp zur Besetzung von Arbeitsplätzen de facto außer Kraft setzen. Die EU-Einwanderungspolitik beschäftigt sich mit dem längerfristigen, also drei Monate überschreitenden Aufenthalt von Angehörigen aus Drittstaaten in der Europäischen Union. Auch wenn der EG-Vertrag nach Amsterdam die Möglichkeit vorsieht, ein gemeinsames europäisches

Einwanderungsrecht zu erlassen – in der Realität wird dieser Politikbereich wohl bei den Mitgliedstaaten verbleiben, die ihre nationale Souveränität gewahrt wissen wollen. Vorgesehen ist daher, in einem Prozess der offenen Koordinierung die Zuwanderungspolitik für Drittstaatsangehörige (also Menschen aus Nicht-EU-Staaten) schrittweise aneinander anzugleichen.

Flüchtlinge und Asylbewerber

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 - von allen EU-Staaten unterzeichnet - sind Flüchtlinge "Personen, die ihr Heimatland wegen Furcht vor Verfolgung, aus politischen, religiösen, ethnischen, nationalen Gründen oder der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verlassen mussten". Dementsprechend existieren zwar in allen westeuropäischen Staaten in unterschiedlichen rechtlichen Ausgestaltungen Regelungen zur befristeten oder langfristigen Aufnahme von Flüchtlingen oder zur Gewährung von Asyl. Es existieren zwar in allen westeuropäischen Staaten in unterschiedlichen rechtlichen Ausgestaltungen Regelungen zur befristeten oder langfristigen Aufnahme von Flüchtlingen oder zur Gewährung von Asyl. Trotzdem steht gerade die Aufnahme aus humanitären Gründen immer wieder im Zentrum innenpolitischer Kontroversen in allen EU-Mitgliedsländern. Als Folge einer Politik der Einschränkungen, Asyl beantragen zu können (etwa in dem zahlreiche Länder grundsätzlich zu ‚sicheren Herkunftsländern‘ erklärt

wurden), ist seither in allen EU-Staaten eine deutliche Verringerung der Zahl der Asylsuchenden zu beobachten. Die Zahl der jährlichen Asylanträge in der EU liegt gegenwärtig bei etwa 400 000. Die EU-Asylpolitik der Vergangenheit war vor allem durch zahlreiche Programme zur konkreten Unterstützung der Asylbewerber und der Flüchtlinge sowie durch die Abstimmung verfahrensrechtlicher Regelungen, insbesondere durch das Dubliner Abkommen und das Schengener Durchführungsübereinkommen (z.B. zur Regelung der Zuständigkeit von Asylanträgen), gekennzeichnet.

Regelungen wie die Voraussetzungen eines Asylanspruches lagen und liegen ausschließlich in der Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten. Dies änderte sich mit dem Vertrag von Amsterdam. Der EG-Vertrag enthält nunmehr eine konkrete Ermächtigungsgrundlage, auf deren Basis ein Asylverfahrensrecht, materielle Asylvoraussetzungen sowie ein Flüchtlingsrecht im Einvernehmen der EU-Mitgliedstaaten (also einstimmig) erlassen werden können. Es ist also nun auf europäischer Ebene möglich,

- Mindestnormen zur Anerkennung von Flüchtlingen
- Mindestnormen zum Schutz von Flüchtlingen
- Mindestnormen zur Aufnahme von Flüchtlingen
- Regelungen zur Familienzusammenführung und
- die Bedingungen eines längeren Aufenthaltes von Flüchtlingen in

der Europäischen Union vorzuschreiben, die kein dauerhaftes Asyl erhalten, sowie

- die Flüchtlinge ausgewogen auf die europäischen Mitgliedstaaten zu verteilen.

Darüber hinaus existiert seit Dezember 2000 die sogenannte Eurodac-Verordnung, nach der Fingerabdrücke von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern aufgenommen, gespeichert und in die Mitgliedstaaten übermittelt werden.

Quellen:

Europäische Kommission 2002, IMO 2001
sowie Auszüge und Zusammenfassungen aus:
Alfredo Märker, Zuwanderungspolitik in der
Europäischen
Union, Europäisierte Lösungen oder Politik des
kleinsten
gemeinsamen Nenners?, in: Aus Politik und
Zeitgeschichte (B 8/2001)

Bevölkerungsbewegungen in der Europäischen Union

- Seit 1989 stellt die Nettozuwanderung (Einwanderung in die EU abzüglich der Auswanderung aus der EU) die wichtigste Komponente der jährlichen Bevölkerungsentwicklung in der Union dar. Im Jahr 2000 betrug die jährliche Nettozuwanderungsquote 1,8 pro 1000 Einwohner, was rund 65% des gesamten Bevölkerungswachstums entspricht. Rund 5% der EU-Bevölkerung sind Ausländer (3,4% sind Staatsangehörige von Drittländern und 1,5% Bürger

der EU). 1999 wurden in den fünfzehn Mitgliedsstaaten knapp über 400000 Asylanträge gestellt.

- Da die jährliche natürliche Zunahme der Gesamtbevölkerung der EU im Jahr 2000 nur 0,1% betrug, stellt die Zuwanderung derzeit die Hauptursache für das Bevölkerungswachstum in der Union dar.
- Derzeit leben 19 Millionen Ausländer in den 15 Mitgliedstaaten, was 5,1% der Gesamtbevölkerung entspricht. Aber nur 30% davon (etwa 6 Millionen) sind Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten, was 1,6% der gesamten EU-Bevölkerung entspricht. Die restlichen 13 Millionen bzw. 3,4% der gesamten EU-Bevölkerung sind Bürger von nicht zur EU gehörenden Staaten.
- Während der Zustrom von außerhalb der EU zunimmt, ist die geographische Mobilität der EU-Bürger geringer als in den 50er und 60er Jahren. Dennoch arbeiten 600000 Menschen bzw. 0,4% der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung in einem anderen Land als dem, in dem sie ihren Wohnsitz haben, und die Zahl der Grenzpendler nimmt weiter zu.

Quelle: Eurostat 2002

Auf dem Weg zu einem multikulturellen Europa?

- Ein Viertel der Europäer ist der Auffassung, dass Ausländer oder ethnische Minderheiten ihre eigene Kultur aufgeben sollen. Das heißt, dass 75 Prozent das nicht für notwendig halten.
- Zu den von den meisten Europäern geteilten Grundwerten zählen die Gedanken-, Vereinigungs- und Redefreiheit, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Schutz von Minderjährigen. Die Mehrheit der Europäer ist daher der Meinung, dass die Immigranten den Teil ihrer Kultur und Religion aufgeben müssen, der in Konflikt mit diesen Werten kommen könnte.

Quelle: Eurostat 2002

Leitfragen für die künftige Entwicklung

De facto sind alle EU-Mitgliedstaaten bereits heute Einwanderungsländer. Nach welchen Kriterien sollte die Zuwanderung künftig gesteuert werden (d.h. wer darf wann unter welchen Bedingungen einwandern)? Welche Maßnahmen könnten zu einer besseren Integration von Einwanderern beitragen?